



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 10.12.2012

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:50 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Erster Bürgermeister Wersch

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	ab TOP 4
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Bode	
Herr Stadtrat Braig	
Herr Stadtrat Dr. Compter	
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Funk	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	
Herr Stadtrat Heinkele	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Frau Stadträtin Kapfer	
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	ab TOP 4
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	ab TOP 4
Herr Stadtrat Rieger	
Herr Stadtrat Dr. Schmid	
Frau Stadträtin Sonntag	
Herr Stadtrat Späh	
Herr Stadtrat Walter	
Herr Stadtrat Weber	
Herr Stadtrat Wiest	

entschuldigt:

Herr Stadtrat Brenner
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	ab TOP 5
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	ab TOP 4
Herr Buchmann, Kulturamt	TOP 5 bis 10
Herr Grampes, Assistent des Ersten Bürgermeisters	bis TOP 4
Herr Jäger, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft	ab TOP 7
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Merkle, Baubetriebsamt	
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	TOP 4 - 8
Herr Simon, Hauptamt	ab TOP 3
Frau Spieler, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft	ab TOP 7
Herr Walz, Gebäudemanagement	ab TOP 4
Herr Winter, Bruno-Frey-Musikschule	ab TOP 9

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses - Gemeinderat 24.09.2012	210/2012
3.	Feststellung der Jahresrechnung 2011 der Stadt Biberach	203/2012
4.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Biberach für das Haushaltsjahr 2013 Änderungen des Entwurfs und endgültige Festsetzung	218/2012
5.	Einrichtung eines guthabenbasierten Abrechnungssystems für die Verpflegungskosten (Mensa-Max) in den städtischen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen	207/2012
6.	Verlängerung der laufenden Beteiligung am Abmangel des Schulkindergartens für besonders förderungsbedürftige Kinder des Vereins Lernen Fördern Biberach e. V.	185/2012
7.	Feststellung des Jahresabschlusses 2011 und der Ergebnisverwendung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung	215/2012
8.	Haushaltsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach für das Haushaltsjahr 2013	214/2012
9.	Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach Wirtschaftsplan 2013	197/2012
10.	Zukunft der Biberacher Filmfestspiele	187/2012 + 187/2012 - 1
11.	Co-Finanzierung von MuBiGs im Jahr 2013 durch das Landesförderprogramm "Singen - Bewegen - Sprechen" (S-B-S)	186/2012
12.	Antrag der Mali-Schule auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule	177/2012 - 1
13.1.	Verschiedenes - Öffentliche Nutzung WC Tiefgarage Stadthalle	
13.2.	Verschiedenes - Öffnungszeiten Christkindlesmarkt	

Die Mitglieder wurden am 05.12.2012 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 05.12.2012 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten.

**TOP 2 Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
- Gemeinderat 24.09.2012**

210/2012

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 210/2012 zur Information vor.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 203/2012 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 03.12.2012.

EBM Wersch verweist auf die Vorlage und bemerkt, das Ergebnis sei besser als geplant. Im Kernhaushalt benötige man keine Kredite.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat stimmt der Übertragung von Haushaltsmitteln ins Jahr 2012 im Verwaltungshaushalt mit 2.818.213,66 € (HAR) sowie im Vermögenshaushalt mit 1.686.628,97 € (HER) und 20.481.982,72 € (HAR) entsprechend der Anlage 2 zum Rechenschaftsbericht zu.**
- 2. Der Gemeinderat stimmt nachträglich den folgenden überplanmäßigen Ausgaben zu:**
 - beim Deckungskreis .6792 (Verrechnungen Baubetriebsamt) in Höhe von 113.170,47 €,
 - beim Deckungskreis .6797 (Raumüberlassungen) in Höhe von 63.355,48 €,
 - bei der HHSt. 1.9100.860000.7 (Zuführung an den Vermögenshaushalt) in Höhe von 9.440.949,26 €,
 - bei der HHSt. 1.0300.842000.2 (Erstattung Zinsen Gewerbesteuer) in Höhe von 143.587,00 €,
 - bei der HHSt. 1.2113.614500.4 (Ganztagesbetreuung Gaisental-Grundschule) in Höhe von 27.145,30 €,
 - bei der HHSt. 2.9100.911000.8 (Zuführung an zweckgebundene Rücklagen) in Höhe von 599.425,00 €.
- 3. Der Gemeinderat stellt nach § 95 Abs. 2 GemO die Jahresrechnung 2011 wie folgt fest:**
 - a) Feststellung und Aufgliederung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2011**

	Verwaltungs- haushalt SBT 1 Euro	Vermögens- haushalt SBT 2 Euro	Gesamthaushalt SBT 1 + 2 Euro
1. Soll-Einnahmen	123.899.160,84	27.243.997,93	151.143.158,77
2. Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	1.686.628,97	1.686.628,97
3. Zwischensumme	123.899.160,84	28.930.626,90	152.829.787,74
4. Ab: Haushaltseinnahmereste vom Vorjahr	0,00	716.936,00	716.936,00
5. Bereinigte Soll-Einnahmen	123.899.160,84	28.213.690,90	152.112.851,74
6. Soll-Ausgaben	123.003.723,95	19.730.253,69	142.733.977,64
7. Neue Haushaltsausgabereste	2.818.213,66	20.481.982,72	23.300.196,38
8. Zwischensumme	125.821.937,61	40.212.236,41	166.034.174,02
9. Ab: Haushaltsausgabereste vom Vorjahr	1.922.776,77	11.998.545,51	13.921.322,28
10. Bereinigte Soll-Ausgaben	123.899.160,84	28.213.690,90	152.112.851,74
11. Differenz 10./5 (Fehlbetrag)	0,00	0,00	0,00

b) Ergebnis der Jahresrechnung

A) des Verwaltungshaushalts

1. Soll der Einnahmen und Ausgaben	
a) nach dem Haushaltsplan einschl. Nachtrag	113.446.000,00 €
b) nach der Jahresrechnung	<u>123.899.160,84 €</u>
Mehreinnahmen bzw. Mehrausgaben	10.453.160,84 €
2. Zuführung an den Vermögenshaushalt	
a) nach dem Haushaltsplan	8.071.000,00 €
b) nach der Jahresrechnung	<u>17.511.949,26 €</u>
Mehrzuführung	9.440.949,26 €
3. Übertragene Haushaltsmittel (HAR)	2.818.213,66 €

B) des Vermögenshaushalts

1. Soll der Einnahmen und Ausgaben	
a) nach dem Haushaltsplan einschl. Nachtrag	28.366.000,00 €
b) nach der Jahresrechnung	<u>28.213.690,90 €</u>
Wenigereinnahmen bzw. Wenigerausgaben	-152.309,10 €
2. Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage einschl. Sonderrücklage	
a) nach dem Haushaltsplan einschl. Nachtrag	11.210.850,00 €
b) nach der Jahresrechnung	<u>2.823.475,51 €</u>
Wenigerentnahme aus der Allgemeinen Rücklage	-8.387.374,49 €
3. Zuführung zur Allgemeinen Rücklage einschl. Sonderrücklage	
a) nach dem Haushaltsplan einschl. Nachtrag	1.170,00 €
b) nach der Jahresrechnung	<u>0,00 €</u>
Wenigerzuführung zur Allgemeinen Rücklage	-1.170,00 €
4. a) Übertragene Haushaltsmittel (HER)	1.686.628,97 €
b) Übertragene Haushaltsmittel (HAR)	20.481.982,72 €

C) des Gesamthaushalts

Soll der Einnahmen und Ausgaben	
a) nach dem Haushaltsplan einschl. Nachtrag	141.812.000,00 €
b) nach der Jahresrechnung	<u>152.112.851,74 €</u>
Mehreinnahmen/-ausgaben	10.300.851,74 €

D) der Vermögensrechnung

1. Allgemeine Rücklage	
Stand Allgemeine Rücklage zum 01.01.11	96.742.629,04 €
Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	2.823.475,51 €
Zuführung zur Allgemeinen Rücklage	<u>0,00 €</u>
Stand Allg. Rücklage zum 31.12.11	93.919.153,53 €
2. Zweckgebundene Rücklagen (Pensionen und Beihilfen)	
Stand zweckgebundene Rücklagen zum 01.01.11	31.123.097,00 €
Zugang zu den zweckgebundenen Rücklagen	599.425,00 €
Auflösung der zweckgebundenen Rücklagen	<u>0,00 €</u>
Stand zweckgebundene Rücklagen zum 31.12.11	31.722.522,00 €
3. Rückstellungen (Altersteilzeit)	
Stand zum 01.01.11	1.699.078,47 €
Zugang zu den Rückstellungen	354.793,60 €
Auflösung von Rückstellungen	<u>466.885,57 €</u>
Stand zum 31.12.11	1.586.986,50 €
4. Kredite	
Stand zum 01.01.11	0,00 €
Neuaufnahmen	0,00 €
ordentliche Tilgung	0,00 €
außerordentliche Tilgung	<u>0,00 €</u>
Stand zum 31.12.11	0,00 €
5. Geldanlagen	
Stand zum 01.01.11	143.094.992,67 €
Zugang	141.694.840,95 €
Abgang	<u>132.110.000,00 €</u>
Stand zum 31.12.11	152.679.833,62 €
6. Einlagen und Beteiligungen	
Stand zum 01.01.11	41.258.391,52 €
Zugang	2.295.580,72 €
Abgang	<u>563.458,71 €</u>
Stand zum 31.12.11	42.990.513,53 €

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 218/2012 zur Beschlussfassung vor. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Haushaltsplans 2013, der dieser Niederschrift nicht beigefügt ist. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

Auf Frage von EBM Wersch verzichtet der Gemeinderat auf das Verlesen der Haushaltssatzung.

EBM Wersch unterstützt seinen Vortrag durch eine Powerpointpräsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist. Er führt aus, man habe gute Haushaltsplanberatungen gehabt. Es seien Überlegungen eingebracht worden, das Verfahren zu verändern und die Öffentlichkeit mehr einzubeziehen. Die Beratungen seien gut gewesen und voraussichtlich werde man ein sehr gutes Beschlussergebnis erzielen. Er stellt die besonders gewichtigen Veränderungen gegenüber dem Entwurf dar, die in erster Linie auf mehr Steuereinnahmen basierten, weshalb man die Liquidität stärken könne. Das Volumen des Verwaltungshaushalts betrage rund 148 Mio. Euro. Hier verzeichne man 15,7 Mio. Euro Mehreinnahmen, im wesentlichen aus der Gewerbesteuer. Gleichzeitig habe man 2,7 Mio. Euro höhere Ausgaben, die im wesentlichen aus höheren Umlagen aufgrund der gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen resultierten. Die Zuführungsrate könne damit um knapp 12 Mio. Euro gegenüber der Planung erhöht werden. Es seien 26,645 Mio. Euro Zuführung an die Rücklage geplant, das seien 13 Mio. Euro mehr als man ursprünglich geplant habe und ein grandioser Wert. Es sei wichtig, die Rücklage zu stärken, die sich im Laufe der Jahre verzehren werde. Insgesamt habe man eine Erwartung an Gewerbesteuereinnahmen von knapp unter 92 Mio. Euro für das Jahr 2012. Er zeigt in einem Schaubild die Entwicklung der vorigen Jahre. Netto betrage die Veränderung der Gewerbesteuer knapp 12 Mio. Euro und man erwarte hohe Umsatzsteuereinnahmen und Einkünfte aus den Einkommenssteueranteilen durch die insgesamt positive Finanzsituation. Hieraus ergebe sich ein Überschuss aus dem Verwaltungshaushalt in Höhe von 26,6 Mio. Euro. Die allgemeine Rücklage werde voraussichtlich 118 Mio. Euro zum Jahresende 2013 betragen, Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für Altersteilzeit nicht eingerechnet.

Ein Haushalt habe auch Risiken, unter anderem da Steuereinnahmen konjunkturabhängig seien, was man nicht beeinflussen könne. Auch sei man in der Spitze von sehr wenigen Betrieben, was die Steuerlast betreffe, abhängig. Gleichzeitig sei nicht genau bekannt, wie hoch die Abschreibungen angesichts der zahlreichen Investitionen genau sein würden. Es sei daher eine Ergebnisverschlechterung zu erwarten.

Er bezeichnet es als wichtig, den kommenden Haushalt zu nutzen, wie aktuell vorgesehen Vorsorge zu betreiben und Liquiditätsreserven zu schaffen, wie man dies auch bisher schon getan habe.

Ein bedeutender Mann habe einmal folgendes geäußert: "Wenn Du auf dem Gipfel stehst, solltest Du vor lauter Leidenschaft für die sich öffnenden Horizonte den Blick in die Tallagen nicht vergessen." Diese Ausführungen stammten von ihm.

Es wird gelacht.

Für die CDU-Fraktion äußert sich StR Abele wie folgt zum Haushaltsplan: "Sehr geehrter Herr Wersch, meine sehr verehrten Anwesenden, nach so einem klugen Satz in die Niederungen des Vortrags eines Fraktionsvorsitzenden zu steigen, wird für Sie alle sicher schwierig. Der Satz war wirklich gut und ich werde Sie künftig zitieren und dabei stolz sagen, den Verfasser kenne ich auch. Das Werk ist vollbracht. Wir verabschieden den Haushalt praktisch ohne Öffentlichkeit bis auf wenige Zuhörer. Gingen wir noch mit rund 150 Mio. Euro Haushaltsvolumen in die Beratungen, so wurden es am Ende nun knapp 190 Mio. Euro. Wir haben es gehört. Es ist einer der Haushalte mit dem höchsten Volumen. Dies aber nicht, weil der Gemeinderat spendierfreudig war und neue Kosten verursachte, sondern dank den sich weiter verbessernden finanziellen Rahmenbedingungen für 2013. So konnte – wie gerade gehört – die Zuführungsrate beinahe verdoppelt werden. Und anstelle sich aus den Rücklagen bedienen zu müssen, wie dies noch letztes Jahr diskutiert wurde, werden diese jetzt um 13 Mio. Euro aufgestockt.

Ich kann nur nochmals auf meine Ausführungen zur ersten Lesung verweisen, als ich ausführte: „Es geht nicht darum, eine Situation schön zu reden, aber es soll auch zeigen, dass der städtische Haushalt weit entfernt davon ist, nicht mehr ausgeglichen zu sein. Dies wurde in der Vergangenheit gerne im Zusammenhang mit dem Investitionsprogramm, hinter dem wir als CDU weiterhin stehen, bemüht.“ Die neuen Zahlen zeigen, dass wir mit unserer Einschätzung richtig lagen. Natürlich ist es in der Fortschreibung etwas anders und die Rücklagen werden dann angezapft. Das muss aber nicht so kommen und war in der Vergangenheit auch schon so prognostiziert, ohne einzutreten, ist also kein Automatismus. Dennoch, und auch dies hatte ich in der ersten Lesung angemerkt, wissen wir um die strukturellen Risiken des Haushaltes. Daher haben wir auch die Einsetzung einer Haushaltsstrukturkommission beantragt. Wir sollten jetzt jedoch aufhören, die beschlossenen Maßnahmen aus dem Investitionsprogramm madig zu reden und eine Schieflage der städtischen Finanzen zu prophezeien. Dies ist in absehbarer Zeit nicht der Fall, die Fakten sprechen eine andere Sprache. Freuen wir uns doch einfach, dass wir in Biberach noch gestalten können und die Mittel haben, unsere Stadt und unser Gemeinwesen weiterzuentwickeln. Man darf auch mal optimistisch sein. Vielen Dank an alle Beteiligten, die diese positive Entwicklung Biberachs ermöglichen.

Die CDU-Fraktion hat dieses Jahr ein umfangreiches Antragskonzept in die Beratungen eingebracht, welches sich den grundsätzlichen Fragen zur Stadtentwicklung im Gesamten und der Sicherung des Wirtschaftsstandortes und der Attraktivität Biberachs widmet. Mit diesen Anträgen wollen wir aktiv mitgestalten, Biberach auch in der Zukunft fit zu halten. Unsere Anträge gliederten sich in vier zentrale Themenbereiche. Es sind dies Bildung und Betreuung, die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Biberach, eine vorausschauende Haushaltspolitik, sowie die Anliegen unserer Ortschaften.

Wir als CDU freuen uns, dass unsere Anträge im kommenden Jahr nun weiterverfolgt werden. Beispielhaft möchte ich nennen: Die Steigerung der Aufenthaltsqualität in Biberach durch die Verschönerung von Wegen und Plätzen; die Erweiterung des kulturellen Angebotes und der Ausgelmöglichkeiten in der Stadt; den Bau der Aussegnungshalle in Ringschnait; die Erweiterung des Hortangebotes, um die Durchgängigkeit der Kinderbetreuung vom Kleinkind bis zur Grundschule zu gewährleisten; die Erstellung eines Gesamtkonzeptes Talfeld mit einem Kindergartenneubau und möglicherweise auch einem Schulhausneubau; die Fortführung der Überlegungen eines neuen Baugebietes in Rindenmoos; die Prüfung der Sicherheit auf unseren Radwegen; die Errichtung eines Gründer- und Technologiezentrums; die Wiederaufnahme der Idee kostengünstiges Bauen für junge Familien; Sanierung und Verbesserung von Spielplätzen. Unsere Anträge zielen also

darauf, die guten wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen unserer Stadt weiterzuentwickeln, die Standortqualität zu steigern, sowie Eigeninitiativen und das Ehrenamt zu fördern. Gerade die Ehrenamtlichen leisten viel für unsere Stadt. Ihnen gebührt besonderer Dank und unsere Unterstützung.

Biberach fährt ein hohes Niveau in allen Bereichen. Die gute finanzielle Lage der Stadt erlaubt uns eine Vielzahl an Projekten, welche in anderen Kommunen undenkbar wären. Solange Biberach in der Lage ist, zukunftsweisende Projekte wie z.B. den Realschulneubau oder die Qualitätsverbesserung von Bildung und Betreuung voranzutreiben, sollten wir das tun. Wir sollten dennoch den städtischen Haushalt und dessen Entwicklung im Blick behalten. Daher freuen wir uns, dass unser Antrag zur Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission aufgegriffen wurde und diese nun als informeller Arbeitskreis beginnen soll.

Insgesamt verliefen die Beratungen äußerst konstruktiv und in einer sachlich-angenehmen Atmosphäre. Dies ist vor allem den beiden Herren Dezernenten Wersch und Kuhlmann zu verdanken, die zielgerichtet und sachorientiert die Beratungen leiteten, ohne unnötige Emotionen auch bei kontroversen Themen zu erzeugen. Die Fraktionen setzten sich inhaltlich und fair mit den einzelnen Anträgen auseinander und so kam es, dass bei diesen Beratungen so wenig wie noch nie an Abstimmungen benötigt wurden. Man einigte sich in der Diskussion. Dies war eine Erfahrung, die mir viel Spaß gemacht und die mir sehr gefallen hat. Nicht mehr zeitgemäß ist jedoch das Procedere der Beratungen. Nach der ersten Lesung verabschiedeten wir uns in die nichtöffentlichen Ausschussberatungen. Heute wird der Bürgerschaft, die heute nicht sehr zahlreich vertreten ist, quasi das Ergebnis präsentiert. Das „Dazwischen“ liegt im Dunkeln. In den Ausschüssen jedoch wird über den Haushalt selbst und die Anträge der Fraktionen im Detail beraten. Wir sehen dieses Verfahren zwischenzeitlich als überholt an, da es der Bürgerschaft nur eine eingeschränkte Teilhabe an den Beratungen erlaubt. Die nichtöffentlichen Ausschussberatungen entsprechen nicht dem Gedanken einer transparenten und bürgerorientierten Kommunalpolitik. Wir haben daher beantragt, dass die Sitzungen der Ausschüsse zukünftig grundsätzlich öffentlich sein sollen. Zudem müssen die Inhalte der Beratungen besser und nachvollziehbarer in der Öffentlichkeit dargestellt werden. Dazu gehört zum Beispiel eine Bürgerfragestunde, die sich direkt an die jeweilige Lesung anschließt, so dass die Bürger die Möglichkeit haben, das gerade Beschlossene zu hinterfragen. Wir können uns auch eine Liveübertragung der Sitzungen im Internet vorstellen, damit diejenigen, denen keine Sitzungsteilnahme möglich ist, sie auch verfolgen können. Wir als CDU sind offen, wie das Informationsinteresse der Bürgerschaft auf den unterschiedlichen Kommunikationswegen bedient werden kann. Hauptsache, es passiert etwas. Mehr Transparenz steht uns gut zu Gesicht.

Vor mir liegt der Berg – anders kann man es nicht nennen - an Unterlagen, den wir in den vergangenen 6 Wochen erhalten haben: Seit Anfang November über 2000 Seiten. Der Haushalt, die vielen Drucksachen der Verwaltung an den Gemeinderat, Wielandstiftung, Aufsichtsrat Stadtwerke und e.wa riss, usw.. Der Stapel ist exakt 17 cm hoch. Allein dieses Bild zeigt, welches enormes Engagement durch die ehrenamtlich tätigen Gemeinderäte erbracht wird und erwartet wird. Zu Recht, dafür hat uns der Bürger in den Wahlen sein Vertrauen geschenkt und mit dem Mandat ausgestattet. Dennoch sollte die Verwaltung die Belastung der Gemeinderäte im Hinterkopf behalten. Wir alle wollen die hohe Qualität beibehalten. Der soeben genannte Transparenzgedanke hilft aber auch dem Gemeinderat. Entscheidungsprozesse können leichter nachvollzogen werden, die Positionen der Fraktionen werden besser sichtbar und so manches Gerücht entsteht gleich gar nicht, weil Argumente und Fakten öffentlich sind. Ein falsches Bild über die Tätigkeit und die Ar-

beitsweise des Gemeinderates, wie es in der Öffentlichkeit gezeichnet wurde - und welches nun diese Haushaltsplanberatungen eindeutig widerlegen, kann somit vermieden werden.

Lassen Sie uns unsere erfolgreiche Arbeit fortsetzen und uns nicht durch nicht nachvollziehbare Einschätzungen zu Gestaltungsformen und –verantwortlichkeiten in unserer Stadt von diesem Anspruch abbringen. Biberach ist deswegen erfolgreich, weil alle Akteure von der Verwaltung und Gemeinderat über den Hospital bis hin zum vielfältigen bürgerschaftlichen Engagement, sei es in der Schützendirektion oder den Agendagruppen und auch in den Vereinen - zusammen mit den Unternehmen und Organisationen - gemeinsam eine tolle Arbeit für unsere Stadt machen. Ich glaube, darauf dürfen wir auch angesichts dieser Haushaltszahlen stolz sein.

Ich möchte mich in Namen meiner Fraktion für die Beratungen bedanken und nach diesem guten Ende des Jahres 2012 freuen wir uns auf 2013 und auf die neuen Herausforderungen. Vielen Dank. Die CDU stimmt dem Haushaltsplan zu."

Es wird applaudiert.

StRin Kübler führt für die SPD-Fraktion folgendes aus: "Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Wersch, meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich inhaltlich einsteige, möchte ich zunächst einmal danke sagen. Die SPD-Fraktion bedankt sich bei allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit und für ihre gute und wertvolle Arbeit. Danke sagen wir dem Kämmereiamt für die Erstellung des Haushaltsplanes 2013. Aber auch dem ersten Bürgermeister Herrn Wersch, dem Baubürgermeister Herrn Kuhlmann sowie dem Kulturdezernenten Herrn Dr. Riedlbauer, die uns das ganze Jahr souverän zur Seite standen. In der Stadt Biberach wird vieles bewegt. Unsere Innenstadt strahlt, derzeit zwar auf Grund des Christkindlesmarkt noch etwas intensiver, doch wenn wir durch die Straßen gehen, wird die positive Veränderung an vielen Stellen sichtbar. Hierfür ist nicht allein die Stadt verantwortlich, sondern auch investitionsfreudige Privatpersonen. Für dieses große Engagement wollen wir an dieser Stelle auch danke sagen an Bürger und Bürgerinnen, die sich für die Stadt Biberach einsetzen, finanziell und ideell.

Wir Biberacher Gemeinderäte verfügen über einen großen Gestaltungsspielraum, was eine wunderbare Sache ist. Das verdanken wir einer starken Wirtschaftskraft. Die Stadt profitiert von den Biberacher weltoffenen und innovativen Familienunternehmen, die uns hohe Gewerbe- und Einkommensteuereinnahmen beschere. Auch hierfür ein großes Dankeschön. Die Basis für eine derartige Erfolgsgeschichte ist u.a. eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Stadt. Das hat in den letzten Jahren hervorragend gut funktioniert und muss auch weiterhin Ziel der Verwaltung sein. Für weitere Expansionen dieser Betriebe werden wir in Zukunft an einem ‚Interkommunalen Gewerbegebiet‘ nicht vorbei kommen. Daher ist es notwendig, dass ein fertig erarbeitetes Konzept in der Schublade bereit liegt, um bei entsprechenden Signalen keine unnötige Zeit zu versäumen. Der Erfolg eines Unternehmens hängt aber auch von qualifizierten und motivierten Mitarbeitern ab. Deren Ansprüche verändern sich, darauf muss eine Stadt rechtzeitig mit bedarfsgerechten infrastrukturellen Maßnahmen reagieren. Wenn wir dies alles zusammen betrachten, ist ein Wirtschaftsförderer unerlässlich und das Infragestellen dieser Personalie sollte bei jeglichen Sparzwängen zukünftig außen vor bleiben.

Für die SPD-Fraktion gab es bei den diesjährigen Haushaltsberatungen besonders viele erfreuliche Momente. Die Nachricht über die Gewerbesteuererhöhungen in Höhe von 20 Mio. Euro war schon fast nicht mehr zu toppen. Auch die Anträge der CDU freuen uns. Mit ihren Anträgen zum

Haushaltsplan 2013 zeigen sie uns, welche Aktualität und Dringlichkeit in den Anträgen der SPD aus früheren Haushaltsberatungen steckt, was uns natürlich in unserem richtigen und vorausschauenden Arbeits- und Denkansatz bestätigt und uns besonders stolz macht. Sei es der bezahlbare Wohnraum, das kostengünstige Bauen für Familien, die familienfreundlichen Betreuungs- und Bildungsangebote, das Thema Sicherheit, der Innenstadtspielplatz, mehr überdachte Fahrradabstellplätze, ausreichend Bänke und mehr Grün in der Innenstadt, für die Sportvereine den fehlenden zweiten Kunstrasenplatz, die BürgerCard. Unsere ersten Anträge für eine verbesserte und ausreichende Kinderbetreuung z.B. im Hortbereich stammen aus dem Jahr 2009. Hätte damals die CDU unserem Antrag zugestimmt, wären wir heute nicht in der Situation, Container für die Unterbringung aufstellen zu müssen. Es stimmt uns trotzdem froh, dass unsere Anliegen endlich Gehör finden und wir sind davon überzeugt, dass 2013 ein interessantes Jahr wird.

Die SPD-Fraktion hat sich dieses Jahr schwerpunktmäßig mit der zukünftigen städtischen Schul-landschaft beschäftigt. Auslöser war neben der zunehmenden Zahl von Ganztageschulen der Antrag der Mali-Werkrealschule zur Gemeinschaftsschule. Unser Bestreben ist, dass kein Kind auf dem Weg ins Schul- und Berufsleben verloren geht. Wir sind der Überzeugung, dass mit Bildungszentren dafür gesorgt werden kann, jedem Kind eine durchgängige Betreuungsbiografie zu bieten. Mit sogenannten Bildungshäusern, die in der Nähe der jeweiligen Grundschulen angesiedelt werden und Kinder ab dem 1./2. Lebensjahr betreut werden, wäre dies möglich. Zur Weiterentwicklung der Schulstandorte ist ein Gesamtkonzept erforderlich. Für die Erarbeitung müssen alle an der Bildung Beteiligten aktiv mit einbezogen werden. Die SPD Fraktion fordert für 2013 von der Verwaltung ein Schulentwicklungskonzept, in dem auch die Inklusion Niederschlag findet.

Auch wenn das nächste Thema nicht unmittelbar etwas mit Bildung zu tun hat, finde ich hier den Übergang zu dem Quartier rund um den Hechkeller in der Waldseer Straße / Martin-Luther-Straße. Der Hechkeller geht im Sommer 2013 im Zuge eines Gebäude-Tauschgeschäftes mit dem Land Baden-Württemberg aufgrund des neuen Standortes der Realschule an die Stadt über. Dieses Quartier soll und muss auch dringend neu überplant werden. Es bietet sich die Chance, ein lebendiges und attraktives Wohnumfeld (wir denken hier auch an einen sozialen Wohnungsbau für Familien) zu schaffen. In diesem Areal steht ein alter Laubengang. Wir würden es sehr begrüßen, wenn dieser in das Wohnkonzept als Begegnungs- und Kommunikationstreffpunkt mit eingeplant wird. Neben einem positiven Wohnumfeld spielen auch attraktive Freizeitangebote für eine lebenswerte Stadt eine große Rolle. Auch hier hat sich in der Stadt vieles getan. Am Erlenweg sind tolle Sportangebote entstanden. Zur Komplettierung fehlt aber noch neben dem zweiten Kunstrasenplatz eine Kletterhalle. Eine baldige positive Entscheidung muss nun endlich kommen. Aktuell wird im Gemeinderat über eine Grundsatzentscheidung zur erweiterten Vereinsförderung diskutiert. Mit ausschlaggebend sind die vorliegenden Anträge der Sportvereine Stafflangen und Mettenberg. Unsere Ortsteile verfügen über ein lebendiges Vereinswesen. Das Sportangebot z.B. kann sich sehen lassen und erfreut sich großer Beliebtheit, wovon wir uns vor Ort überzeugen konnten. Die damit verbundene wertvolle Jugendarbeit ist in ihrer Nachhaltigkeit nicht zu unterschätzen. Den Sportplätzen in den Ortsteilen fehlen ausreichende infrastrukturelle Einrichtungen, wie Toiletten, Duschen, Umkleiden. Die Entscheidung über eine Anhebung der Förderzuschüsse, die für den Verein zur Finanzierung absolut notwendig sind, wird auch in unserer Fraktion sehr positiv gesehen.

Auch außerhalb des Sports existiert in unserer Stadt ein funktionierendes Vereinsleben. Dahinter steckt in der Regel großes ehrenamtliches Engagement, wovon auch die Stadt profitiert. Um dieses zu erhalten, die Menschen dafür zu ermutigen, sind erschwerende Hürden bei der Vereinsförderung abzubauen. Als aktuelles positives Beispiel kann die Kindersportschule genannt werden.

Die Befristung der laufenden Zuschüsse wurde nun endlich aufgehoben. Zu Freizeitangeboten gehören selbstverständlich auch Treffpunkte für Jugendliche in der Innenstadt. Ein hervorragendes Thema für das Jugendparlament finden wir. Überhaupt bedauern wir es, dass das JUPA zu den Haushaltsplanberatungen nicht mit einbezogen wird. Das wäre ein schönes Zeichen der Akzeptanz und ein guter Anfang für mehr Transparenz.

Zwei Themen möchte ich noch ansprechen, deren Beratungsergebnisse für uns nicht so ganz zufriedenstellend ausgefallen sind. Und zwar geht es einmal um das Stadtarchiv, dem eine viel zu geringe Bedeutung und Aufmerksamkeit allgemein geschenkt wird, obwohl ein Stadtarchiv auch einen hohen Bildungsauftrag hat. Unsere Forderung nach einer Zwischenlösung wurde aus Kostengründen abgelehnt. Also werden zur Standortfrage und der damit verbundenen Verbesserung der Arbeitsbedingungen noch einige Jahre ins Land gehen. Unsere Forderung lautet weiterhin: wenn nicht eine teure Zwischenlösung, dann aber eine schnelle pragmatische Lösung für die Mitarbeiter und Nutzer. Die zweite Baustelle ist unsere sanierungsbedürftige Stadtpfarrkirche im wahrsten Sinne des Wortes. Eine Stiftung wurde zwar gegründet, doch ohne Stiftungskapital. Gremium und Verwaltung halten nichts von unserem Vorschlag, dass die Stadt für jeden gespendeten Euro einen Euro dazulegt, um Anreize für spendenfreudige Bürgerinnen und Bürger oder Institutionen zu schaffen. Eine Projektförderung, wie vorgesehen, ist zwar löblich, doch warum das eine tun und das andere nicht lassen? Wir bleiben jedenfalls an den Themen dran. In Überzeugungsarbeit sind wir ja geübt.

Ein Stück intensive Arbeit liegt hinter uns. Wir freuen uns, heute einen Haushalt für das Jahr 2013 verabschieden zu können, dessen Ergebnis uns entspannt zurück lehnen lässt. Wir stimmen der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan für das Jahr 2013 in allen Punkten zu. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit." (Applaus)

Für die Freien Wähler bezieht StRin Goeth mit folgenden Ausführungen Stellung: "Sehr geehrte Damen und Herren, der Haushalt 2013 lässt nur wenige Wünsche offen. Die Haushaltsberatungen verliefen entsprechend zügig und entspannt. Die zahlreichen Investitionsvorhaben, die in der Klausurtagung 2011 beschlossen wurden, sind zumindest planerisch in Angriff genommen worden. Die Fülle von Bauvorhaben führt allerdings dazu, dass die Verwaltung nicht mehr in der Lage ist, das Pensum zu schaffen. Es muss zusätzliches Personal eingestellt und Aufträge müssen fremdvergeben werden. Durch eine Streckung der Projekte über einen längeren Zeitraum, so wie die Verwaltung und die Freien Wähler dies wollten, hätten teure Spitzen vermieden werden können. Die Freien Wähler sehen es auch als eine Aufgabe des Gemeinderats an, für gute Arbeitsbedingungen des Personals zu sorgen.

Angesichts dieser Situation haben sich die Freien Wähler mit Anträgen sehr zurückgehalten. Sie waren deshalb sehr erstaunt über die Vielzahl von Anträgen anderer Fraktionen. Natürlich will man bei der guten Einnahmesituation der Stadt den vielfältigen Wünschen der Bevölkerung nachkommen. Aber der Gemeinderat trägt die Verantwortung für eine nachhaltige Finanzpolitik. Das bedeutet, dass in guten Zeiten Rücklagen angelegt - und nicht wie aktuell geplant, abgebaut werden und dass jede Maßnahme auf Folgekosten überprüft wird. Die Folgekosten, ausgelöst durch zusätzliches Personal, durch die Bewirtschaftung von zusätzlichen Gebäuden oder durch laufend notwendige Zuschüsse belasten künftige Haushalte. Wir können nicht davon ausgehen, dass die komfortable finanzielle Situation in Biberach auf Dauer so bleibt. Die wichtigste Einnahmequelle der Stadt ist die Gewerbesteuer. Das Risiko von Gewerbesteuerausfällen infolge der globalen Entwicklung und der Eurokrise besteht leider auch in Biberach.

Die Freien Wähler haben nur einen Antrag gestellt, der ausgabemäßig zu Buche schlägt. Um den Teilorten Stafflangen und Mettenberg den Bau von Sportzentren mit ausreichenden Sanitäranlagen zu ermöglichen, haben die Freien Wähler einen einmaligen Baukostenzuschuss beantragt, der über die reguläre städtische Sportförderung hinausgeht. Voraussetzung für den Zuschuss ist, dass die Vereine selbst bauen, erhebliche Eigenleistungen erbringen und für den Betrieb der Anlagen selbst aufkommen. Für die Stadt entstehen auf diese Weise keine laufenden Folgekosten. Die Entscheidung über diesen Antrag steht noch aus.

Ein anderer Antrag der Freien Wähler befasst sich mit den Schwierigkeiten von Gehbehinderten, die Einrichtungen der Stadthalle zu erreichen. Der Behindertenzugang von der Hallenrückseite ist unzureichend. Der Vorschlag der Freien Wähler, einen Außenaufzug zum Theaterfoyer anzubringen, wird geprüft.

Sowohl die Schullandschaft als auch die Kinderbetreuung sind in einem enormen Wandel begriffen. Kinderkrippe, Kindergarten und Schule werden zu zentralen Lebensräumen für die Kinder. Es gilt, diese Lebensräume optimal zu gestalten und darüber hinaus den berufsbedingten zeitlichen Ansprüchen der Eltern anzupassen. Die vielfältigen Formen einer Ganztagesbetreuung von der Kinderkrippe bis in die weiterführenden Schulen hinein müssen ausgebaut werden. Dafür setzen sich die Freien Wähler ein. Der hohe Betreuungsaufwand verbunden mit einer hohen Betreuungsqualität und einer von den Eltern gewünschten hohen Flexibilität kostet jedoch richtig Geld. Die Elternbeiträge für Kindergärten in Biberach decken gerade mal 14 Prozent der tatsächlichen Kosten und erreichen damit nicht einmal den Landesrichtsatz von 20 Prozent Kostendeckung durch Elternbeiträge. Jede weitere Qualitätsverbesserung führt zu weiteren laufenden Kosten, die auf Dauer finanziert werden müssen. Eine maßvolle einkommensabhängige Anhebung der Elternbeiträge und Zusatzbeiträge bei Inanspruchnahme von Zusatzleistungen wird unvermeidbar sein. Eine Grundsteuererhöhung hierfür lehnen die Freien Wähler ab. Die Stadt hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem. Allerdings verhalten Sparappelle angesichts der guten Einnahmesituation ungehört.

Dem Haushalt 2013 können die Freien Wähler zustimmen. Die mittelfristig geplanten ehrgeizigen Investitionen gehen davon aus, dass die Einnahmen weiterhin üppig fließen. Die Folgekosten der Investitionen stellen allerdings eine Hypothek für zukünftige Haushalte dar. Ab dem Jahr 2016 müssen öffentliche Haushalte in Form der Doppik aufgestellt werden. Damit wird erstmals der Werteverzehr des gesamten städtischen Besitzes dargestellt. Dieser Werteverzehr muss zusätzlich zu den laufenden Ausgaben durch Einnahmen gedeckt sein. Sollte das in Biberach nicht gelingen und sollte das wohlhabende Biberach dadurch in die roten Zahlen rutschen, wäre das mehr als beschämend für die gegenwärtig Handelnden. Es würde bedeuten, dass wir über die Verhältnisse leben. Die Mindestforderung der Freien Wähler ist, dass die Rücklagen rechtzeitig aufgefüllt werden, um wenigstens unerwartete Einnahmeausfälle kompensieren zu können.

Die unerwarteten Einnahmen sind erfreulich. Den Blick ins Tal vergessen wir dabei nicht. Wir sind aber keine Pessimisten."

Es wird applaudiert.

StR Weber äußert sich für die Grünen wie folgt: "Sehr geehrter Herr Wersch, sehr geehrte Damen und Herren von der Verwaltung, liebe Rätinnen und Räte, die Haushaltsdebatte ist in einer guten, angenehmen Atmosphäre verlaufen. Dafür möchte ich mich bei allen bedanken. Die Christdemokraten wollen die Haushaltsdebatte zukünftig öffentlich führen und beraten. Dies wird von unse-

rer Fraktion ausdrücklich begrüßt. In Doha (Katar) fand die Weltklimakonferenz statt, ohne Erfolg – eine Konferenz des Scheiterns – da sieht man wieder, wie schwierig es in einem solch großen Gremium ist, Entscheidungen zu treffen. Umso wichtiger ist es lokal vor Ort zu handeln. Wer, wenn nicht wir mit unserem erfreulich sehr guten Gewerbesteueraufkommen, könnte in Bezug auf Umweltschutz Vorbild für andere sein. Wer, wenn nicht wir, könnten eine CO₂ - Einsparung von mindestens 30% schaffen. Doch da ist es auf jeden Fall kontraproduktiv, wenn das Förderprogramm Umweltschutz bei 120 000 Euro stehen bleibt. Das Wissen um diesen Fördertopf muss in der Bevölkerung ankommen, sonst kann er ja nicht angezapft werden. Ein Medium, dieses Wissen zu vermitteln, wären diese von uns angeregten und leider abgelehnten Energietage. Ich finde es schade, dass diese Energietage nicht zustanden gekommen sind. Und trotzdem werden wir die Gründung einer Energiegenossenschaft weiterhin im Blick behalten. Privatpersonen, Handwerker, Firmen und Kommunalpolitiker versuchen einen breiten Mix regenerativer Energiequellen zu erschließen. Ganz konkret ein Beispiel Energie und Kosten zu sparen - machen wir doch die Stadt mit einer LED – Straßenbeleuchtung hell – diese ist sogar dimmbar. Eine jährliche Umrüstung der Straßenlaternen von 100 000 Euro sind bei Lichtstromkosten von circa einer halben Million Euro im Jahr doch schnell amortisiert.

Da gibt es auch noch den Geschäftsführerwechsel bei der ewa riss und auch gleichzeitig noch bei unserem 50 % Partner der EnBW. Komisch, oder? Jetzt gilt es aber strategisch vorzugehen. Sollen wir vielleicht nicht etwas stärker auftreten, etwas über 50 %, um unser Energieunternehmen fit in die Zukunft führen zu können. Das ist doch die Chance für den Beginn einer neuen Energiepolitik bei uns in der Stadt, die Chance endlich aufzuwachen aus dem Dornröschenschlaf und energetisch nachhaltiger zu werden. Mit der e.wa riss hätten wir auch gerne für neue Baugebiete, wenn wir die schon haben müssen, ein Konzept einer Nahwärmeversorgung erstellt.

Positiv zu vermerken ist, dass die Radwegelücken so langsam geschlossen werden sollen und bei Bedarf Abmarkierungen angebracht werden, damit Radfahrer und Fußgänger sicher unterwegs sein können. Doch auch ein gutes Radwegenetz in der Stadt sollte beworben werden, damit die Wege vermehrt genutzt werden, damit wir Verhaltensänderungen erreichen – jeder Weg unter 5 km kann von den allermeisten ohne Probleme ohne ein motorisiertes Fahrzeug bewältigt werden und würde sich direkt positiv auf den Menschen auswirken und über die Verringerung des CO₂ - Ausstoßes noch einmal. Werben wir dafür – auch durch unser Vorbild. Eine andere Art der Mobilität.

Gut ist, dass wir die Bürgerkarte einführen. Wir hoffen, dass sich dadurch mehr Bürger am kulturellen Leben in der Stadt beteiligen werden. Schade ist, dass es so lange dauert. So müssen finanziell schwach gestellte Bürger bis 2014 warten. Da wäre es einfach sozialer, wenn man etwas unbürokratischer handeln würde.

Wir wissen, dass im Bereich der Kinderbetreuung weiter gutes, qualifiziertes Personal eingestellt werden muss. Und das ist auch gut so. Aus diesem Grund haben wir den Antrag um eine Aufstockung einer 1/4-Stelle bei der Stadtbücherei/Mediothek Gymnasium zurückgezogen.

An dieser Stelle möchte ich noch ein paar Sätze zu meiner Heimat, dem Stadtteil Mettenberg sagen. Wir fühlen uns eigentlich recht wohl. Nachdem die Landesregierung eine Verlegung der Landstraße L 280 abgesagt hat, brauchen wir uns um den unnötigen Aufstieg auch keine Sorgen mehr zu machen. Die Ganztagesbetreuung im Kindergarten läuft und die Grundschüler und Eltern freuen sich an der flexiblen Nachmittagsbetreuung. Für die Mettenberger fußballbegeisterten Kinder und Jugendlichen ist ein toller Traum in Erfüllung gegangen, sie haben den schönsten

Fußballplatz. Es fehlen nur noch die Funktionsräume wie WC, Dusche und Umkleidemöglichkeit. Spannend für uns Mettenberger wird nun die Planung für unsere alte / neue Turn- und Festhalle, nachdem jetzt nun der Istzustand erhoben und ein Raumprogramm erstellt wurde. Die beiden Baugebiete "Winkel" und "Klotzholzäcker" sind mittlerweile echte Teile des Dorfes. Neu- und Altbürger bilden eine wunderbare Dorfgemeinschaft.

Mit Sorge beobachten wir den aktuellen Stand der Erdölgewinnung. Da alle ehemaligen kleinen Förderstellen für Fracking in Frage kommen, wären selbst Grundstücke der Stadt Biberach mit dabei. Das wäre in Mettenberg beim Königshof 2. Dort fanden in den 60er-Jahren Bohrungen statt. Wir müssen wachsam sein und können nicht zulassen, dass unser Boden und unser Wasser - eben unsere Lebensgrundlage - chemisch verseucht werden, dies alles nur aus Profitgier.

Aufgrund von wenigen nicht erfüllten Anträgen kann der Haushalt von uns Grünen nun wirklich nicht abgelehnt werden. Wir werden dem Haushalt 2013 zustimmen." (Applaus)

StR Funk führt aus, die FDP-Fraktion werde wie angekündigt dem Haushalt zustimmen. Erstmals habe seine Fraktion keine Anträge zum Haushaltsplan gestellt, da der Entwurf des Haushaltsplans FDP-Vorstellungen deutlich erkennen lasse und man zufrieden sei. Man könne nicht alles auf einmal erreichen und anerkenne, dass die Verwaltung in vielen Bereichen am Anschlag sei und sorgfältig nicht alles auf einmal leisten könne. Man warte nun auf den neuen Oberbürgermeister.

Bei der ersten Haushaltslesung habe er erklärt, dass er hoffnungsfroh sei, dass die Gewerbesteuerzahlen sich auf Wachstumskurs befänden. Die entscheidende Mitteilung im Zuge der Haushaltsberatungen sei dann auch die freudige Mitteilung höherer Steuereinnahmen gewesen. Die realisierten Zahlen seien immer wieder besser, da die Verwaltung immer sehr vorsichtig agiere. Daher habe er schon immer eine eigene Fortschreibung der Gewerbesteuerzahlen betrieben. Er führt dies kurz aus. Die Stadt habe finanztechnisch einen Größensprung gemacht.

Dies sei die richtige Zeit, den Sanierungsstau abzuarbeiten. Es sei Aufgabe der Verwaltung darzulegen, ob sie dies auch so sehe. Falls dem so sei, sei mehr Personal erforderlich, um diesen Stau abzuarbeiten.

Bei den angesprochenen Risiken könne man nun die Kreisumlage streichen durch die voraussichtliche Entscheidung zur Privatisierung des Krankenhauses. Er spricht die aus den Reihen des Gemeinderats angesprochene Grundsteuersenkung an, die jedoch nie für 2013 gedacht gewesen sei, die man aber im Auge haben müsse.

Als Kernaufgabe nach Auffassung der FDP-Fraktion nennt er den Bereich Bildung und die Kinderbetreuung. Betreuungsgutscheine seien seit langem ein Wunsch der FDP-Fraktion. Eventuell könne man unter der neuen Führung eine Änderung erzielen.

Besonders erfreut sei die FDP-Fraktion, dass die Vernachlässigung der Sanierung der westlichen Innenstadt bald beendet sei.

Die FDP-Fraktion stimme dem Haushaltsplan zu.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2013 der Stadt Biberach wird in der Fassung der Änderungen festgestellt.

2. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben von je		188.595.000 €
davon im Verwaltungshaushalt	148.587.000 €	
im Vermögenshaushalt	40.008.000 €	

2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigungen) von		0 €
---	--	-----

3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von		10.989.500 €
--	--	--------------

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt.		5.000.000 €
--	--	-------------

§ 3

Die Hebesätze werden festgesetzt:

1. für die Grundsteuer		
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf		300 v.H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf		300 v.H.
2. für die Gewerbesteuer auf der Steuermessbeträge.		330 v.H.

3. Der Stellenplan wird als Bestandteil zum Haushaltsplan (Anlage 1 zum Haushaltsplan 2013) in der Fassung der Änderung - Anlage 4 zu Drucksache Nr. 218/2012 - festgestellt.

4. Die Bewirtschaftungs- und Sperrvermerke, wie im Haushaltsplan im einzelnen dargestellt, werden bestätigt.

5. Das Investitionsprogramm der Finanzplanung 2012 - 2016 - wie in Anlage 2 zu Drucksache Nr. 218/2012 dargestellt - wird festgestellt.

EBM Wersch dankt herzlich für das konstruktive Miteinander.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 207/2012 zur Information vor.

StR Kolesch führt aus, nach dem großen Ärger über das Vorgehen der Verwaltung sei jetzt klargestellt, dass am Ende nicht 10 Euro Strafgeld bezahlt werden müssten, wenn man das Restguthaben zurück wolle. Ferner sei klargestellt, dass kein Kind hungrig bleiben müsse, wenn kurzfristig kein Guthaben auf dem Konto sei. Diese Formulierung aus dem ersten Brief sei das größte Ärgernis gewesen. Derartiges dürfe einem Amt, das für Kinder zuständig sei, nicht passieren.

Er zeigt sich sehr verärgert über das weitere Vorgehen von Herrn Morczinietz, das nicht verständlich sei. Im Hauptausschuss am 08.11.2012 sei gefordert worden, dass eine Vorlage erstellt werde, ehe weitere Schritte unternommen würden. Faktisch sei jedoch ein neuer Brief an die Eltern am 20.11.2012 gegangen, die Vorlage datiere dagegen vom 23.11.2012 und sei erst danach verteilt worden. Man verstehe dies als Missachtung des Gemeinderats – bewusst oder unbewusst. Viele Fragen seien noch nicht geklärt. Es müssten jedoch alle beantwortet werden. Er gehe daher erneut auf diese Fragen ein. Er nennt die Arbeitsbelastung der Erzieherinnen. Hier bestehe die Gefahr, dass Mehrbelastung auf sie zukomme. Der Aufwand mit der bisherigen Papierliste sei relativ zügig erledigbar gewesen. Künftig müsse neben der Systempflege ein Notfallkonto gepflegt werden und es sei unklar, wer sich hierum kümmere, wenn es in Anspruch genommen werde und ein Kontoausgleich erforderlich sei. Man habe die Erfahrung aus den Gymnasien, dass deutlich mehr Eltern Nachfragen stellten. Er fragt, wer diese künftig beantworte. Wenn dies die Erzieherinnen leisten müssten, hätten sie entsprechend weniger Zeit für die Kinder. Für die Eltern stelle das neue Verfahren mehr Aufwand dar. Sie erhielten mehr Informationen, wenn sie dies wünschten. Er fragt, was mit Eltern ohne Internetzugang geschehe. Er fragt, ob diese Arbeit auch auf die Erzieherinnen verlagert werden solle. Im Brief des Elternbeirats sei dies kommuniziert worden, man habe aber noch keine Antwort erhalten. Angefragt worden sei auch der Datenschutz. Auch hierzu liege keine Antwort vor. Weiter bringt er die Sicherheit des Bankkontos zur Sprache. Die gGmbH könne theoretisch insolvent werden. Daher habe man an den Gymnasien eine Lösung über einen Förderverein gefunden. Er fragt, was mit erwirtschafteten Zinsen geschehe. Bei den Gymnasien seien dies immerhin 800 Euro, die den Kindern direkt zugute kämen.

Als neue Frage erkundigt er sich nach den Kosten des Systems für die Stadt und zwar den Einmalkosten und den laufenden Aufwand für Wartung und Pflege.

Er bittet die Verwaltung sich zu bemühen, den Eindruck zu zerstreuen, dass die Einführung des Systems hauptsächlich erfolge, um Arbeitsaufwand beim Amt für Bildung, Betreuung und Sport zu erreichen, was gleichzeitig für andere zu Mehrarbeit führe.

Er erkundigt sich nach der Zukunft der Gymnasien und anderer weiterführender Schulen. Laut Vorlage wird zum ersten September Mensa-Max an den Gymnasien eingeführt werden. Das bestehende System sei ein anderes und funktioniere nach Anfangsproblemen gut. Der Mensaausweis sei gleichzeitig der Schülerschulenausweis, was gut sei, da man nur einen Ausweis benötige und dieser mit Bild versehen und damit eindeutig identifizierbar sei. Dies sei mit Mensa-Max nicht mehr möglich. Die Gymnasien wollten jedoch keinen zusätzlichen Schülerschulenausweis ausgeben. Ein Wechsel solle bei den Gymnasien daher nur erfolgen, wenn beide Schulen zustimmten. Eine

durchgehende Bildungsbiografie am Mensasystem festzumachen sei weit hergeholt. Er bittet das Amt für Bildung, Betreuung und Sport, den Gemeinderat nicht als lästiges Übel anzusehen, sondern als gewählte Interessenvertretung der Bürger, die der Verwaltung auch helfe, Dinge besser zu erledigen. Er appelliert, die von ihm gestellten Fragen umfassend zu beantworten.

StRin Drews fragt, was im Falle eines Catererwechsels mit dem Guthaben geschehe. Ferner bittet sie darzulegen, ob alle Schulen denselben Caterer hätten oder ob an verschiedene gedacht sei. Dabei nennt sie Elternwünsche nach gesundem Essen. Sie bittet auch die Praxis in den Kindertagesstätten und den Ablauf dort in einigen Zeilen darzulegen. Beim Prozedere insgesamt sei zu befürchten, dass sich ein Wechsel auf den Essenspreis auswirke. Die Bürgercard sei daher dringend erforderlich, damit mehr Schüler am Schulessen partizipieren können.

StRin Goeth meint, man solle jede Möglichkeit zur Effizienzverbesserung nutzen. Nachteile für die Bevölkerung sollte es dadurch jedoch nicht geben. Der Gemeinderat sei zur Überwachung da, könne aber nicht in das operative Geschäft eingreifen. Man müsse sich die Frage stellen, ob die Sorgen berechtigt seien oder es sich nur um Widerstand gegen etwas Neues handle. Was das Essenskonto betreffe, habe sie ein ungutes Gefühl. Die von StR Kolesch angesprochenen Details könnten im Gemeinderat nicht gelöst werden, sondern es sei Aufgabe des Fachamts, dies mit den Eltern in den Einrichtungen zu lösen. Dann solle man dem Gemeinderat das System erläutern. Aktuell sei man überfordert, da zu viele Detailkenntnisse für eine Beurteilung erforderlich wären.

StR Späh bezeichnet es generell als richtigen Weg, Abrechnungssysteme zu vereinheitlichen, um Erzieherinnen zu entlasten. Das gewählte Verfahren habe jedoch zu Irritationen geführt. Er **beantragt**, die Einführung in den Kindereinrichtungen noch nicht zum 01.01.2013 vorzunehmen, sondern erst zum 01.03.2013, um offene Fragen zur Zufriedenheit mit den Eltern klären zu können.

Er fragt, ob man Kenntnis über Erfahrungen aus Friedrichshafen habe. Für Notfallnutzer könnte eventuell ein städtisches Konto sinnvoll sein. Ferner bittet er mitzuteilen, wie die Krippen am Verfahren beteiligt würden und meint, es wäre langfristig sicher sinnvoll, auch die Krippen über dieses System zu verwalten.

StR Funk dankt für die Information. Es sei nicht Aufgabe des Gemeinderats, diese Verwaltungsaufgaben zu erledigen. Er fordert eine Abklärung mit den Eltern und den Schulen, und zwar so, dass möglichst keine Klagen beim Gemeinderat ankämen.

EBM Wersch führt aus, er wisse nicht, wer alles am Verfahren beteiligt worden sei, er jedenfalls nicht. Der Gemeinderat habe kein operatives Mandat, sei aber Sprachrohr der Bürger. Wenn es daher Irritationen bei den Bürgern gebe, sei Beratungs- beziehungsweise Erläuterungsbedarf legitim.

Er erteilt dem Amt für Bildung, Betreuung und Sport den Auftrag, die Fragen allumfassend zu beantworten.

Den Antrag der Grünen und seine Behandlung werde er im Ältestenrat ansprechen und zwischenzeitlich klären, welche Folgen es hätte, wenn die Einführung später erfolgte. Dies könne man dann im Gemeinderat am 20.12.2012 entscheiden. Heute erfolge zum Antrag keine Diskussion, da dies nicht Gegenstand der Beratungen sei.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 185/2012 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 26.11.2012.

StR Hagel signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion und übermittelt deren Dank an den Verein.

StRin Drews bezeichnet den Schulkindergarten als wichtige, ergänzende Einrichtung und dankt ebenfalls für das Engagement. Das Angebot sei erfolgreich und von allen anerkannt. Zur Planungssicherheit sei eine unbefristete Abmangelbeteiligung hilfreich.

Sie bittet künftig um zeitnahe Weitergabe und Bearbeitung der Anträge, was auch eine langjährige erfolgreiche Arbeit würdige.

StR Heinkele bemerkt, die Vorlage begründe die Entwicklung hinreichend. Zur Planungssicherheit sei eine unbefristete Abmangelbeteiligung wichtig. Die Freien Wähler stimmten zu.

Auch die Grünen äußerten ein klares Ja zum Beschlussantrag, lässt StR Dr. Schmid wissen.

StR Funk schließt sich dem Dank an und signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die laufende Abmangelbeteiligung am Schulkindergarten für besonders förderungsbedürftige Kinder des Vereins Lernen Fördern Biberach e. V. wird ab dem Schuljahresbeginn 2012/2013 unbefristet verlängert.**
- 2. Die Verwaltung kann mit Ablauf eines jeden Schuljahres die Verlängerung der laufenden Beteiligung am Abmangel für das darauffolgende Schuljahr widerrufen.**
- 3. Die Abmangelbeteiligung gilt nur für Biberacher Kinder und bleibt bei 62 % des Sachkostenbeitrages nach dem Finanzausgleichgesetz.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 215/2012 zur Beschlussfassung vor. Mit aufgerufen wird Drucksache Nr. 214/2012. Die Beschlussfassung zu diesem Punkt ist beim nächsten Tagesordnungspunkt festgehalten.

BM Kuhlmann führt ins Thema ein und verweist insbesondere auf Seite 15 des Jahresabschlusses, wonach keine Besonderheiten zu verzeichnen seien. Nicht alles beim AZV laufe jedoch planmäßig, was sich auch immer auf den Haushalt des Eigenbetriebs Stadtentwässerung auswirke. Würden die Investitionen wie angedacht realisiert, sei für die Jahre 2014 folgende von steigenden Gebühren auszugehen.

StR Kolesch bezeichnet eine funktionierende Abwasserentsorgung mit als wichtigste Umweltvorsorgemaßnahme, die möglich sei. Biberach habe einen sehr guten Betrieb, was auch Geld koste, das auf die Nutzer umgelegt werde. Daher müsse man genau darauf achten, dass richtig gewirtschaftet werde.

Beim Jahresabschluss sei auffallend, dass die Überdeckungen der letzten Jahre knapp 2 Mio. Euro betrügen. Dies stelle im Grunde eine Art kostenloses Darlehen an den Eigenbetrieb dar. Wenn daher für 2014 eine Gebührenänderung gedacht sei, müsse man genau kalkulieren, damit keine so hohe Überdeckung entstehe.

Die Kläranlagenerweiterung bezeichnet er als wichtig, sie werde aber mit 12 Mio. Euro teurer als die gedachten 8 Mio. Euro. Von Vorteil sei, dass man eine dauerhafte Lösung der Regenwasserproblematik habe und künftig wohl keine weiteren Regenüberlaufbecken mehr benötigt würden.

Er lobt die Verwaltung vor allem bezüglich der Abwicklung der gesplitteten Abwassergebühr, die sehr gut gelaufen sei und dies bei einem sehr komplexen Thema. Er dankt dem Tiefbauamt und dem beteiligten Team. Ein Wehrmutstropfen sei, dass ein höherer Verwaltungsaufwand durch die gesplittete Abwassergebühr entstehe und damit höhere Kosten, die die Bürger tragen müssten.

Er dankt insgesamt für die gute Arbeit und die guten Vorlagen und signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion zur Jahresrechnung und zum Haushaltsplan.

Der Jahresabschluss sei völlig unaufgeregt, meint StR Dr. Nuding, deswegen aber keineswegs langweilig, sondern er finde sich in diesem Werk wieder. Er fragt, ob die Beanstandung der GPA zur fehlenden Ermittlung der gebührenrechtlichen Ergebnisse sich auf die Kalkulation auswirke. Ferner fragt er, ob die Nachzahlungen korrekt verbucht worden seien oder als Nachzahlung aufgenommen werden müssten. Dann erkundigt er sich noch zum Verfahrensstand Hofen.

StRin Goeth meint, Schulden seien bei der Stadtentwässerung kein Problem, da sie durch Gebühren finanziert würden. Sie stiegen jedoch durch die Kläranlagenerweiterung auf 38 Mio. Euro, ein beachtlicher Betrag. Sie bezeichnet den Betrieb insgesamt als gesund und signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler.

StR Späh bezeichnet Wasser mit als kostbarstes Gut, auch wenn man in einer wasserreichen Gegend lebe. Eine gute Versorgungssituation sei daher wichtig. Der Jahresabschluss sei in Ordnung. Er entnehme dem Haushaltsplan eine erwartete Gebührenerhöhung für das Jahr 2015 und nicht

schon für 2014. Er äußert die Hoffnung, die gesplittete Abwassergebühr werde zu einer verbesserten Wasserversickerung führen. Die Grünen stimmten beiden Vorlagen zu.

Gleiches gelte für die FDP-Fraktion, lässt StR Funk wissen, der den Verantwortlichen dankt. Bezüglich des Fremdkapitals bittet er im Zwei-Jahres-Rhythmus zu erklären, warum beziehungsweise ob es sinnvoll sei, städtische Kredite zu gewähren.

BM Kuhlmann gibt zu verstehen, die Gebührenüberdeckung resultiere auch aus Verschiebungen im Finanzabfluss, der aus dem Verschieben von Maßnahmen u. a. des AZVs resultiere.

Frau Leonhardt lässt wissen, gebührenrechtlich habe die GPA-Feststellung keine Auswirkungen auf die Buchführung. Es werde eine Nebenrechnung geführt.

Herr Rechmann lässt wissen, die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr sei eine sehr schwere Aufgabe gewesen und er sei froh, dass man sie abgeschlossen habe. Was Hofen betreffe, seien keine Strafen des Baurechtsamts zu erwarten, da die Fristen immer verlängert worden seien. Die Maßnahme sei vergeben und nur wetterbedingt noch nicht begonnen worden. Hauskontrolluntersuchungen seien im Wasserhaushaltsrecht nicht mehr explizit aufgenommen, weshalb man hiervon derzeit absehe.

BM Kuhlmann stellt klar, die neue Gebührenkalkulation werde ab 2014 gelten und werde 2013 berechnet.

Zur Entwicklung des Fremdkapitals lässt EBM Wersch wissen, bei der Gründung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung habe die Stadt Eigenkapital gegeben, da die Fremdkapitalzinsen sehr niedrig gewesen seien. Dies sei noch immer so. Solange die Fremdkapitalzinsen geringer seien als der kalkulatorische Eigenkapitalzins, sei die gewählte Vorgehensweise richtig.

StR Funk hält entgegen, der Eigenkapitalzinssatz werde vom Gemeinderat beschlossen. Er fragt, welche Anlagemöglichkeiten bestünden.

Frau Leonhardt lässt wissen, bei der Betriebsgründung habe man langfristige Darlehen mit 20 Jahren Laufzeit abgeschlossen. Weitere Darlehen nehme der Eigenbetrieb von der Stadt auf. Dies sei eine gute Mischung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Biberach stellt die Sonderrechnung für den Eigenbetrieb Stadtentwässerung Biberach und den hieraus entwickelten Jahresabschluss fest und fasst folgende Beschlüsse:

- 1. Der Jahresabschluss 2011 wurde am 21.06.2012 abgeschlossen. Das Ergebnis des Jahresabschlusses 2011 wird gemäß § 95 und § 95 b der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) i. V. m. § 16 des Eigenbetriebsgesetz (EigBG) festgestellt auf:**

A. in der ERGEBNISRECHNUNG mit dem

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge

6.426.759,50 €

...

Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	<u>6.407.720,71 €</u>
Ordentliches Ergebnis	19.038,79 €
Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,00 €
Ordentliches Ergebnis einschließlich Fehlbetragsabdeckung	19.038,79 €
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	1.018,38 €
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	<u>20.057,17 €</u>
Sonderergebnis	-19.038,79 €
Gesamtergebnis	0,00 €

B. in der FINANZRECHNUNG mit dem

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.115.797,90 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	<u>3.238.918,49 €</u>
Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung	2.876.879,41 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	219.503,81 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	<u>1.356.187,86 €</u>
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.136.684,05 €
Finanzierungsmittelüberschuss	1.740.195,36 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	<u>988.611,96 €</u>
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-988.611,96 €
Änderung des Finanzierungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres	751.583,40 €
Gesamtbetrag der haushaltsunwirksamen Einzahlungen	9,50 €
Gesamtbetrag der haushaltsunwirksamen Auszahlungen	<u>9,50 €</u>
Saldo aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	0,00 €
Anfangsstand an Zahlungsmitteln zum 01.01.2011	-1.167.332,38 €
Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln	<u>751.583,40 €</u>
Endstand an Zahlungsmitteln zum 31.12.2011	-415.748,98 €

C. in der VERMÖGENSRECHNUNG mit dem

Gesamtbetrag auf der Aktivseite	43.488.850,00 €
davon Sachvermögen und immaterielles Vermögen	36.467.418,08 €
davon Finanzvermögen	7.362.166,49 €

...

davon Rückstellungen	0,00 €
davon Verbindlichkeiten	0,00 €
Gesamtbetrag auf der Passivseite	43.488.850,00 €
davon Basiskapital	0,00 €
davon Sonderposten	12.592.180,64 €
davon Rückstellungen	427.175,81 €
davon Verbindlichkeiten	30.469.493,55 €

D. ERGEBNISVERWENDUNG

Das Gesamtergebnis beträgt 0 €; damit entfällt die Ergebnisverwendung von Überschüssen bzw. die Deckung von Fehlbeträgen.

2. Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wird für das Wirtschaftsjahr 2011 entlastet.
3. Die gebührenrechtlichen Überdeckungen in den Jahren 2005 bis 2008 in Höhe von 372.838,86 € werden mit dem Jahresergebnis 2009 verrechnet. Die danach noch verbleibende Überdeckung von 308.899,34 € wird entsprechend der Gebührenkalkulation im Zeitraum 2010 bis 2013 ausgeglichen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 214/2012 zur Beschlussfassung vor. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Haushaltsplans des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach 2013, der dieser Niederschrift nicht beigefügt ist.

Die Beratung zum Haushaltsplan erfolgte im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss beim vorherigen Tagesordnungspunkt und ist dort festgehalten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2013 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wird festgestellt.

2. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen:

**§ 1
Haushaltsplan**

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im ERGEBNISHAUSHALT mit dem

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	6.198.000 €
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	-6.198.000 €
Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	0 €
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0 €
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0 €
Veranschlagtes Sonderergebnis	0 €
Veranschlagtes Gesamtergebnis	0 €

2. im FINANZHAUSHALT mit dem

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.082.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.698.000 €
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	1.384.000 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	350.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-4.577.000 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-4.227.000 €
Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-2.843.000 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	3.900.000 €

...

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-1.057.000 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	2.843.000 €
Änderung des Finanzierungsmittelbestands	0 €

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf	3.900.000 €.
--	---------------------

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf	1.200.000 €.
---	---------------------

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt.	2.000.000 €.
---	---------------------

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 197/2012 zur Beschlussfassung vor. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Haushaltsplans des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach 2013, der dieser Niederschrift nicht beigefügt ist.

EBM Wersch nennt als Investitionsschwerpunkt das Sechs-Familien-Haus in der Hans-Rohrer-Straße, das saniert werden müsse, sowie die theoretische Chance für die Errichtung eines Zwölf-Familien-Hauses im Talfeld. Der Wirtschaftsplan sehe eine Eigenkapitalstärkung vor. Es seien weitere Sanierungen von 14 Wohnungen bis zum Jahr 2016 geplant. Im Bereich der Wohnungswirtschaft seien keine Risiken erkennbar. Er dankt den Mitarbeitern für ihre Arbeit.

StR Hagel bezeichnet den Verlauf beim Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft von Anfang an als erfreulich. Mit dem Neubau im Talfeld beschreite man nun neue Wege. Er verweist auf das Vorwort, wonach unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit eine sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Bevölkerungsschichten sicherzustellen sei. Die Hans-Rohrer-Straße habe man mit einem relativ hohen Standard saniert, vermutlich aufgrund der Anforderungen, die an KfW-Darlehen gestellt würden. Man müsse auch wissen, dass man Neubaustandard baue und dies eine erhebliche Wohnraumverbesserung darstelle mit einer deutlichen Wertanhebung. An Miete würden aber nur 1,32 Euro pro Quadratmeter mehr angesetzt. Nach seiner gewohnten Kalkulation erzielte er ein anderes Ergebnis, da auch kalkulatorische Zinsen für Eigenkapital angesetzt werden müssten. Danach müsste seines Erachtens eine Mieterhöhung von 3,44 Euro pro Quadratmeter erfolgen und damit läge die neue Miete bei 7,62 Euro pro Quadratmeter und nicht bei 5,50 Euro. Er meint, man müsste die kalkulatorischen Kosten entsprechend ausweisen und dann den Gemeinderat eine politische Entscheidung treffen lassen, warum andere Preise festgesetzt würden.

Ähnliches gelte für das Talfeld, wo man das hohe Ziel habe, ein Effizienzhaus zu errichten. Er bittet zu prüfen, inwieweit dies wirtschaftlich sei. Auch hier sei aktuell kein kalkulatorischer Zins eingerechnet. Man könne vom Standard nicht mehr von Sozialwohnungen sprechen. Die Kalkulation müsse daher bezüglich des Eigenkapitalzinses auf 1 bis 1,25 Prozent angehoben werden. Man müsse eine Kostenlinie ermitteln und gegebenenfalls den Standard reduzieren, damit die Entstehungspreise unter 2 000 Euro pro Quadratmeter kämen.

Aktuell weise der Wirtschaftsplan, was die Fachsprache Doppik betreffe, noch ein Wirrwarr aus, weil nicht durchgängig Bezeichnungen der Doppik verwendet würden. Als Beispiel führt er an, ein Gewinn sei kein liquider Zufluss, Umsatz sei jedoch liquider Zufluss. Er meint, eine Darstellungsform wie beim Eigenbetrieb Stadtentwässerung wäre sinnvoll, damit man bei den Eigenbetrieben eine einheitliche Sprache hätte.

StRin Kübler führt aus, trotz eines ambitionierten Investitionsprogramms habe man grünes Licht für die Vermögens- und Ertragslage. Dies sei eigentlich die wesentliche Aussage des Wirtschaftsplans. Angesichts der Fragen StR Hagels müsse man aber zunächst abwarten, welche Antworten man erhalte. Die SPD-Fraktion habe kein Problem mit einer Eigenkapitalerhöhung, sondern fände diese positiv, auch da sie zeitlich angesichts der Absichten der Landesregierung passen würde. Der Wirtschaftlichkeitsfaktor sei hier etwas anders zu sehen als in anderen Dingen. Sie bezeichnet den Einstieg des Eigenbetriebs in die Ausbildung als positiv.

Dann hat sie noch einige Fragen. Sie bittet darzulegen, ob die Änderung der Trinkwasserversorgung auch beim Eigenbetrieb eine Rolle spiele und ob die Grundsteuererhöhung für energetisch sanierte Gebäude greife. Sie fragt, ob für die Ritter-von-Essendorf-Straße eine Nahwärmeversorgung erforderlich sei und zeigt sich verwundert, da die Gebäude noch nicht so alt seien.

StR Heinkele bringt den Dank der Freien Wähler zum Ausdruck. Er bittet darzulegen, wie die auf Seite 3 des Wirtschaftsplans ausgewiesene Erhöhung der Kosten durch die Modernisierung zustande komme. Auch er meint, der Neubau im Talfeld müsste deutlich geringere Quadratmeterkosten haben und erst wenn die Pläne vorlägen, könne man entscheiden, ob dieses Projekt realisiert werde.

StR Späh gibt zu verstehen, die Grünen stünden klar zur politischen Entscheidung der Eigenkapitalerhöhung für das Projekt im Talfeld und der Aussage, Wohnungen für sozial Schwächere zu erstellen.

StR Funk lässt wissen, die FDP-Fraktion sei gegen diesen Beschlussantrag. Die Begründung sei ausführlich von StR Hagel und StR Heinkele erfolgt. Zur Wirtschaftlichkeitsberechnung meint er, man könne nicht nur einen Zehn-Jahres-Vergleich anstellen, sondern bei Immobilien müssten die Vergleiche über einen längeren Zeitraum laufen. Erstmals solle Eigenkapital in den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft eingebracht werden. Er vermisst in der Darstellung Transparenz und konkrete Angaben zu Aktiva, Gebäudewert und wo Werterhöhungen durch Investitionen und Wertveränderungen durch Verkäufe erfolgt seien. Während der Haushaltsplanberatungen sei man über die Wohnraumsituation insgesamt informiert worden und bereits vor dieser Information habe man dem Gremium eine Entscheidung abverlangt. Er wolle Alternativlösungen, wie für eine bestimmte Klientel Wohnraum angeboten werden könne, beispielsweise durch die Anmietung von Räumen. Auch meint er, diese Vorlage hätte im Oktober vorgelegt werden können zur Vorbereitung, um dann erst später öffentlich im Gemeinderat beraten zu werden.

Frau Spieler lässt wissen, aufgrund der Gefahr von Legionellen sei die Trinkwasserverordnung geändert worden. Ab Einheiten mit zwei bis drei Wohnungen seien Trinkwasseruntersuchungen erforderlich. Diese Verordnung sei mit ersten Anlaufschwierigkeiten zum 01.01.2013 geändert worden. Manche Installationen müssten verändert werden, damit das Wasser schneller abfließe. Es handle sich dabei um Betriebskosten, die man den Mietern auferlege. Änderungen an der Installation liefen als Reparaturaufwand. Zur Grundsteuer lässt sie wissen, bei Sanierungen müsse man zwangsläufig das Finanzamt einschalten und den Einheitswert fortschreiben, was zu einer kleinen Grundsteuererhöhung führe. Auch Gebäudeversicherungen müssten neu bewertet werden, was in der Regel höhere Beiträge zur Folge habe.

EBM Wersch verdeutlicht, die Ausführungen auf Seite 14 des Wirtschaftsplans bedeuteten eine Vorschau und der Ablauf sei noch nicht genau zeitlich hinterlegt. Die Frage von Seite 3 zur Kostendarstellung werde von Frau Spieler beantwortet. Was das Talfeld betreffe vermeide man in Preislagen zu kommen, wie sie für üblichen Wohnraum entstünden und hoffe auf entsprechende kreative Vorschläge der Planer. Man beschließe daher auch keine Eigenkapitalerhöhung in Höhe von 1,3 Mio. Euro, sondern es sei nur dargelegt, dass dies erforderlich werden könnte.

Herr Jäger lässt auf Frage von StR Braig wissen, die Untersuchung auf Legionellen erfolge durch ein Ingenieurbüro aus Weingarten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Enthaltungen (StRe Bode, Braig, Funk) und 23 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Aufgrund des § 14 des Gesetzes über Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsgesetz - EigGB) in der Fassung vom 4. Mai 2009 (Gesetzblatt 185) wird der vorliegende Wirtschaftsplan 2013 (Anlage zu Drucksache Nr. 197/2012) wie folgt festgestellt:

1. Erfolgsplan

• Erträge	1.665.000,00 €
• Aufwendungen	1.360.000,00 €
• Jahresgewinn	305.000,00 €
•	

2. Vermögensplan

• Finanzierungsbedarf (Ausgaben)	1.486.000,00 €
• Finanzierungsmittel (Einnahmen)	1.486.000,00 €
•	

3. Kreditaufnahme 910.000,00 €

4. Höchstbetrag der Kassenkredite 250.000,00 €

5. Verpflichtungsermächtigungen 1.320.000,00 €

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 187/2012 zur Beratung der Beschlussziffern 1 und 2 vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 26.11.2012 und die Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 187/2012 – 1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

EBM Wersch geht kurz auf die Genese der Filmfestspiele ein, die aus einer kommerziellen Aktion verbunden mit Leidenschaft entstanden seien. Die Stadt sei schleichend in das operative Geschäft gekommen, was nicht städtisches Kerngeschäft sei. Die Weiterentwicklung liege in der Verantwortung des Vereins Filmfestspiele und man wolle das Jahr 2013 hierzu nutzen.

StR Walter führt aus, die Entwicklung weg von der Stadt zu einem eigenständigen, bürgerschaftlich getragenen Verein sei für die Zukunft wichtig. Die CDU-Fraktion stimme der Beibehaltung des Status quo für ein weiteres Jahr zu, um in der Übergangszeit die Filmfestspiele sicherzustellen. Man lege Wert darauf, dass künftig mehr Transparenz in der Organisationsstruktur des Vereins geschaffen werde. Die Satzung des Vereins müsse stark überarbeitet werden, um die Filmfestspiele besser in die Bürgerschaft zu tragen. Die Kommunikation zwischen Kulturdezernat, Verein und Intendant sei zu verbessern. Ihn persönlich habe es befremdet, dass Herr Kutter in die Vorlagenerstellung nicht eingebunden worden sei, da er der Erfinder der Filmfestspiele sei. Die weiteren im Hauptausschuss aufgeworfenen Fragen müsse man mit dem Oberbürgermeister besprechen, der auch stellvertretender Vorsitzender des Vereins sei.

StRin Kübler bemerkt, die Filmfestspiele seien keine Kernaufgabe der Stadt, aber die Zukunft der Filmfestspiele sei von Bedeutung, da es sich um ein besonderes Event handle, das Biberach überregional einen Namen gebe. Auch der Einzelhandel profitiere und dieses Event sei nicht aus dem Kulturangebot der Stadt wegzudenken. Ihre Fraktion treibe die Frage um, wie die Filmfestspiele ohne Herrn Kutter funktionieren könnten. Es sei positiv, dass sich der Vorstand bereits jetzt mit dieser Frage auseinandersetze. Wenn man die Rahmenbedingungen verändere, werde es dennoch ohne Hilfestellung der Stadt nicht gehen. Sie warnt vor Schnellschüssen. Das Ehrenamt müsse im Vordergrund stehen, aber eine Vernetzung mit der Stadt sei erforderlich. Eine volle Übernahme der Filmfestspiele durch die Stadt stelle keine Option dar. Eine weitere Beratungsrunde mit der Vertretung des Vorstandes wäre ihrer Fraktion auch vor einer Abstimmung über Ziffer 1 des Beschlussantrages wichtig. Sie **beantragt** daher, die Entscheidung über **Ziffer 1** des Beschlussantrags zu **vertagen**.

StR Heinkele bezeichnet die Filmfestspiele als wichtige Veranstaltung, die von Herrn Kutter, dem Vereinsvorstand und dem Kulturamt und seinem Team lebten. Die Freien Wähler erklärten ein klares Ja zu den Filmfestspielen. Da die erforderlichen Arbeiten stoßweise anfielen, binde dies beim Kulturamt viel Arbeitskraft.

StR Dr. Schmid bezeichnet die Filmfestspiele als Markenzeichen Biberachs. Man müsse Sorge tragen, dass der Trägerverein seine Vereinsstruktur ändere. Er fragt, ob man bereits in die Diskussion eingestiegen sei. Dies sei entscheidend für eine Zustimmung zu Ziffer 3 des Beschlussantrags.

StR Funk signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion zur Hauptausschussempfehlung. Sollte der SPD-Antrag eine Mehrheit erhalten, müsste auch Ziffer 2 des Beschlussantrags angepasst werden. Für eine Beschlussfassung über Ziffer 3 müsse vieles abgearbeitet werden.

EBM Wersch lässt wissen, man habe noch nicht über Änderungen der Vereinsstruktur gesprochen, sondern habe die aktuelle Beratung abgewartet.

Der **SPD-Antrag** wird mit 6 Ja-Stimmen (StRe Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding), 1 Enthaltung (StR Weber) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Über die Ziffern der Beschlussanträge der Vorlage wird einzeln abgestimmt. **Ziffer 1** wird bei 6 Enthaltung (StRe Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding), und restlichen Ja-Stimmen **zugestimmt**.

Ziffer 2 wird bei 1 Enthaltung (StR Keil) und restlichen Ja-Stimmen **zugestimmt**.

Ziffer 3 wird einstimmig **zugestimmt**.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Da die Biberacher Filmfestspiele in der Trägerschaft des Biberacher Filmfestspiele e.V. stehen und auch zukünftig bürgerschaftlich getragen werden sollen, obliegt dem Verein die inhaltliche Ausgestaltung und Organisation des Festivals. Die Stadt Biberach zieht sich daher ab dem Jahr 2014 aus der Durchführung der Filmfestspiele zurück.**
- 2. Die Zeit bis zum 31.12.2013 gilt als Übergangszeit. Bis dahin unterstützt das Kulturamt der Stadt Biberach die Durchführung der Biberacher Filmfestspiele. Die befristete Aufstockung der Stelle Aßfalg um 0,25% wird deshalb bis zum 31.12.2013 verlängert.**
- 3. Der bisherige Beschlussantrag Nr. 3 wird vertagt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 186/2012 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 26.11.2012.

StR Walter bezeichnet Musik als integrative Kraft. Die CDU-Fraktion sei dankbar für den Anstoß der Bruno-Frey-Stiftung. Gleichzeitig wundere man sich über die Entscheidung der Landesregierung zur Sportförderung, die nicht passend sei. Eine neue Bewertung wie vorgesehen zum Schuljahr 2015/2016 sei richtig. Die CDU-Fraktion stimme zu.

StRin Kapfer dankt der Landesregierung, die 70 000 Euro Zuschuss für die Schulsozialarbeit beschlossen habe. Man könne nicht alles bezuschussen. Dank gelte auch der Bruno-Frey-Stiftung, die MuBiGs bisher finanziell unterstützt habe. Es sei wichtig, dass die Stadt an diesem Angebot festhalte. Man habe nur gute Erfahrungen und es sei wichtig, dass alle Schüler dabei sein könnten. Wichtig sei auch, dass dies ohne Hürden möglich sei, sprich keine zu hohen Gebühren verlangt würden. Sie dankt der Musikschule für die gute Arbeit und die große Flexibilität.

StR Heinkele schließt sich dem Lob an und meint, das Geld sei in diesem Projekt gut angelegt.

Man betone immer wieder wie wichtig Bildung und Betreuung seien und mit MuBiGs bestehe die Chance, den Talentepool aller zu nutzen, bemerkt StRin Sonntag. Es sei wichtig, allen einen Einstieg zu ermöglichen und dieses Engagement sei auch gut für Musikvereine, die Nachwuchsprobleme verzeichneten.

StR Funk signalisiert Zustimmung gibt aber zu verstehen, man müsse sich bei derartigen Projekten immer von Anfang an klar sein, dass sie in ein Dauerangebot auf Kosten der Stadt mündeten.

EBM Wersch stellt klar, bei diesem Projekt habe man von Anfang an erklärt, dass man an eine städtische Weiterfinanzierung denke.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Aufstockung der MuBiGs-Finanzierung in Höhe der wegfallenden Landesfördermittel von 10.200 Euro jährlich befristet bis zum Schuljahr 2015/16.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 177/2012 - 1 zur Beschlussfassung vor.

EBM Wersch weist darauf hin, diese Vorlage habe man bereits in der Sitzung am 19.11.2012 beraten. Da dieser Punkt nicht ortsüblich in BIBERACH KOMMUNAL bekannt gegeben worden sei, habe man das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat mit 6 Nein-Stimmen (StRe Braig, Funk, und Teile der CDU-Fraktion), 5 Enthaltungen (StR Bode und Teile der CDU-Fraktion) und 15 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die MALI-Werkrealschule Biberach und die Stadt Biberach als örtlicher Schulträger erklären das gemeinsame Einverständnis zum Antrag auf eine Gemeinschaftsschule

TOP 13.1 Verschiedenes - Öffentliche Nutzung WC Tiefgarage Stadthalle

StR Braig bringt vor, das WC in der Tiefgarage Stadthalle sei noch immer geschlossen. Angesichts von Aktionen wie der "Netten Toilette" finde er es unglaublich, dass die Stadtwerke es nicht schafften, diese WC-Anlage zu öffnen.

EBM Wersch erwidert, man könne dies in der Sitzung des Aufsichtsrats der Stadtwerke am 17.12.2012 thematisieren.

TOP 13.2 Verschiedenes - Öffnungszeiten Christkindlesmarkt

StR Deeng bringt vor, er sei angesprochen worden, ob es möglich wäre, den Christkindlesmarkt am Wochenende eine Stunde länger offen zu lassen. Er bittet dies zu prüfen.

Gemeinderat, 10.12.2012, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	EBM Wersch
Stadtrat:	Hagel
Stadtrat:	Keil
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	BM Kuhlmann